rote garde*

Die Zeitschrift der revolutionären jugend

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Die Prügelstrafe – einst und jetzt



Friedrich II. von Preußen gilt als legendärer Herrscher. Trotz gewisser Jugendsünden (Umgang mit liberalen Freunden, Flucht vor dem gestrengen Vater) wurde aus ihm – wenn man seinen Biographen glauben darf – ein vorbildlicher König, der künstlerisch und wissenschaftlich interessiert und den Ideen der politischen Aufklärung ergeben war. Aber die Welt ist schlecht, deshalb hatte der gute alte Fritz viele Feinde, welcher er sich freilich mit der nötigen Härte zu erwehren wußte. Deserteure und Wehrkraftzersetzer etwa wurden zum Spießrutenlauf verurteilt, und der König ergötzte sich oft höchstpersönlich an diesem blutigen und mitunter tödlichen Schauspiel.

Auch Bruno I. wird dereinst legendär sein. Trotz gewisser Jugendsünden (Umgang mit sozialdemokratischen Freunden, Flucht vor dem gestrengen Führer) wurde aus ihm – wenn man den Massenmedien glauben darf – ein vorbildlicher Bundeskanzler, der künstlerisch und wissenschaftlich interessiert und den Ideen der Demokratie ergeben ist. Aber die Welt ist noch immer schlecht, deshalb hat der gute alte Bruno viele Feinde, welcher er sich freilich mit der nötigen Härte zu erwehren weiß. Anti-Nixon-Demonstranten etwa werden zum Spießrutenlauf über die Rollbahn des Salzburger Flughafens gejagt.

Wobei wir nun dem Bundeskanzler nicht unterstellen wollen, daß er sich wie weiland der alte Fritz am Blut seiner Opfer geweidet habe, als einige Hundert Polizisten die Demonstranten niederknüppelten und, trunken von der ihnen verliehenen Macht, auch noch auf jene Burschen und Mädchen einschlugen, die bereits am Boden lagen. Aber immerhin hat der Gesetzgeber mittelbar an der Schnur gezogen, die seine Polizisten-Hampelmänner in Bewegung brachte. Und damit hat er bestätigt, daß wirklich eine Parallele besteht zwischen dem Militärstaat Preußen des 18. Jahrhunderts und dem Polizeistaat Österreich des 20. Jahrhunderts: Die Prügelstrafe für unbotmäßige Untertanen.





rote garde*

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nr. 31 · Juni 1972



Als Friedensengel empfehlen sich:

Nixon & Breschnew



Die Lehren von Salzburg

Im April wurde bekanntgegeben, daß sich Oberkriegsverbrecher Nixon von Kreisky einladen ließ, auf seiner Reise zu Breschnjew und Kumpanei in Salzburg einen Zwischenaufenthalt einzuschalten. Das Zentralorgan der VRA schrieb dazu ("Für die Volksmacht", Nr.61, S. 9): "Die Völker der ganzen Welt sind über die neue verbrecherische Eskalation des amerikanischenKriegsabenteuers in Indochina aufs äußerste empört. Auch das österreichische Volk. Die Werktätigen Österreichs müssen dagegen protestieren, daß Nixon auf seiner Reise nach Moskau, wo er mit den sozialimperialistischenHäuptlingen wieder einmal über die Aufteilung der Welt in Einflußsphären der beiden Supermächte verhandeln will, in Salzburg Station macht. Das österreichische Volk, das auf voller Unabhängigkeit und echter Neutralität für sein eigenes Land beharrt, fühlt sich solidarisch mit dem vietnamesischen Volk und den übrigen Völkern Indochinas, die schon viele Jahre für die gleichen Anliegen bluten."

Daß wir mit dieser Erklärung einer weitverbreiteten Stimmung unter den geistig aufgeschlossensten und politisch aktivsten Schichten der werktätigen Bevölkerung, vor allem unter der fortschrittlich und antiimperialistisch gesinnten Jugend, Ausdruck gaben, bewiesen die folgenden Ereignisse: Die verschiedensten Jugendorganisationen gaben bekannt, daß sie Nixon einen "heißen Empfang" bereiten würden. Angesichts der Empörung unter der sozialistischen Jugend über den Besuch Nixons rief das kurz vorher mit dem Segen prominenter SP-Abgeordneter gegründete "Sozialdemokratische Indochina Komitee" zu einer Demonstration in Salzburg auf. Unmittelbar darauf meldete auch die "K"PÖ (die sich vorher damit begnügt hatte, Kreisky aufzufordern, er möge doch Nixon sagen, was Muhri meint) eine Kundgebung in Salzburg an; denn anders hätte sie dem Druck ihrer ehrlich revolutionär gestimmten Anhänger nicht mehr standhalten können.

Die Grenzen der Demokratie

Was geschah in Salzburg? Zwei Ereignisse sind es, die nur zwei Seiten ein und derselben Erscheinung bilden. Auf der einen Seite organisierte die FPÖ - deren braune Gesichtsfarbe unter dem "blauen" Anstrich, den ihr beide "Großparteien" in "edlem Wetteifer" zu verleihen bemüht sind, dadurch wieder einmal klar zum Vorschein kam - eine "Bürgerwehr" gegen Anti-Nixon-Demonstranten. Das war der erste Versuch in der zweiten Republik, eine Neuauflage der Heimwehr oder der SA auf die Beine zu stellen. Unbestreitbar ein Unterfangen, das den Gesetzen der Republik von vornherein und absolut zuwiderläuft. Doch diesen Leuten wurde kein Haar gekrümmt. Auf der anderen Seite wurde jedoch den jungen Antiimperialisten und Antifaschisten, deren Demonstration von den Behörden genehmigt und von Kreisky selbst als durchaus legal anerkannt worden war, die Köpfe blutig geschlagen.

Sie hätten eben "das Gesetz übertreten", behauptete Kreisky. Welches Gesetz? Die willkürliche Verfügung eines beliebigen Polizeioffiziers zu einem beliebigen Zeitpunkt an einem beliebigen Ort gilt als "Gesetz", darf die Grenzen der Demokratie ziehen!

Mit der Knüppelattacke der Peterlunger-Polizei wurde wieder einmal schlagend bewiesen, daß die bürgerliche Demokratie schlagartig in faschistischen Terror umschlägt, wenn die herrschende Klasse ihre reaktionäre Politik gefährdet glaubt!

Kreisky selbst gab zu, daß sich die von ihm in aller Form gebilligten und begrüßten Gewaltmethoden seiner "demokratischen" Exekutive im wesentlichen nicht vom nackten faschistischen Terror unterscheiden. Unter dem Heimwehrfaschismus und im "Dritten Reich" habe jeder Demonstrant, so sagte er, ebenso riskiert, Prügel zu beziehen, wenn er gegen "das Gesetz" (das also ebensolche Rechtsgültigkeit im Faschismus zu genießen habe wie in der"demokratischen" Republik!) verstoße - mit dem einen Unterschied, daß sich im heutigen Österreich der Geprügelte bei ihm, Kreisky, "beschweren darf"! Der Unterschied besteht also logischerweise lediglich darin, daß Schuschnigg und Hitler - im Gegensatz zu Kreisky - die Mißhandelten nicht noch obendrein verhöhnt haben!

Verlogene „Neutralitäts"politik

Am empörendsten stellte sich in Salzburg bei diesen Zwischenfällen heraus, daß der amerikanische Geheimdienst CIA sich unmittelbar Exekutivgewalt im angeblich "neutralen" Österreich anmaßt. Es wurde vielfach beobachtet und auch die verschiedensten Zeitungen vermerkten dies! - daß die Agenten des CIA Gegenstände, die den geprügelten und vertriebenen Demonstranten aus den Händen geglitten waren, an sich nahmen und durchsuchten, daß sie selbstherrlich Leibesvisitationen vornahmen, ja daß sie aus eigenem an den Polizeibrutalitäten teilgenommen haben. Dadurch, daß sich amerikanische Polizisten als autorisierte Vollzugsgewalt benahmen, demonstrierten sie augenfällig, wie beklagenswert in Wahrheit der Zustand unserer nationalen Unabhängigkeit ist. Die VRA hat immer wieder betont, daß eine Politik im Dienste sei es der NATO im allgemeinen und des US-Imperialismus im besonderen, sei es im Dienste beider Supermächte gemeinsam, keine wahre Neutralitätspolitik ist. Denn Neutralität bedeutet doch wörtlich mit keinem von beiden verbandelt, von jedem der beiden unabhängig sein! Hier sieht man wie recht wir hatten, wenn wir immer darauf verwiesen, daß es 1. eine Neutralität ohne beharrlichen Kampf um nationale Unabhängigkeit nicht geben kann, daß 2. dieser Kampf untrennbar verbunden ist mit dem Unabhängigkeitskampf anderer Völker gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der imperialistischen Mächte, daß folglich 3. eine echte Neutralitätspolitik zugleich ein konsequenterKampf gegen den Imperialismus sein muß, niemals aber Liebesdienerei für den Imperialismus sein darf!

Die herrschende Kapitalistenklasse Österreichs, ihre Regierung und ihre Parteien vertreten aber in Theorie und Praxis genau die entgegengesetzte Auffassung: Kreisky hat in einem ORF-Interview ausdrücklich erklärt, Nixon wolle vor seinem Moskauer Gipfel in Salzburg Station machen, weil ihm diese Stadt "aus der Besatzungszeit in guter Erinnerung" sei. Werden aber die Österreicher an die Besatzungszeit erinnert, dann kommen ihnen alles eher als gute Erinnerungen! Und wenn Nixon seinen Zwischenaufenthalt in Österreich mit Erinnerungen an die Zeit verknüpft, als die Amis in Salzburg ihr österreichischesHauptquartier hatten, dann kommen uns überdies unwillkürlich sehr böse Vorahnungen. Hat denn nicht derselbe Kreisky in demselben Interview (übrigens nicht ganz mit Unrecht) den "K"P - Revisionisten vorgehalten, daß sie eigentlich gegen Breschnjew und Kossygin demonstrieren müßten, weil es ausschließlich den Kreml-Herren zu danken sei, daß Nixon unserLand mit seinem Besuch"beehrt"? Und wurde wiederum eben derselbe Kreisky von Nixon als "einer der größten Staatsmänner unserer Zeit" gerühmt, weil er unter anderem die makabren SALT-Runden der beiden atomaren "Supermächte" in Österreich gefördert hat? Doch das ist noch lange nicht alles: Kreisky und sein STAPO-Chef Peterlunger verkünden lauthals in aller Unverfrorenheit, daß die Demonstranten der jungen österreichischen Antiimperialisten die Landung des Oberbefehlhabers im grausamen Aggressionskrieg gegen die Völker Indochinas bereits um 1o Minuten verzögert habe und die "Gefahr" heraufbeschwören hätte, daß Nixon nach München ausgewichen wäre. Ein solches Ausweichen hätte natürlich weder der Person des Präsidenten der USA noch dessen Geheimverhandlungen mit seinen Partnern in Moskau geschadet; es hätte aber zweifellos unsere Heimat Österreich aus dem letzten Endes für die ganze Menschheit und darunter natürlich auch für das öster-

reichische Volk - wirklich lebensgefährlichem Ränkespiel der Super mächte herausgehalten. Das aber sah "unser" Bundeskanzler als eine solche "Gefahr" an, daß er unverzüglich und ohne Vorwarnung (wie dies Prof. Jungk, DDr. Nenning und vor allem Millionen FS-Teilnehmer bezeugen können) die Polizeiknüppel auf die Köpfe tapferer Demonstranten gegen den Imperialismus niedersausen ließ!

Der Korrespondent des soz.-dem. Regierungsorgans Norwegens, Dag Nalvorsen, schrieb in einer äußerst lesenswerten Zuschrift an die "AZ" vom 28.Mai, daß in den nordeuro - päischen Ländern solche Demonstrationen wie in Salzburg längst an der Tagesordnung sind und es höchst an der Zeit ist, daß sich auch in Österreich die antiimperialistischen Kräfte zur Kundgebung ihrer Empörung über den schmutzigen Krieg der US-Aggressoren in Indochina aufraffen. Und dieser Korrespondent stellte fest: "Ein Besuch den amerikanischen Präsidenten wäre wahrscheinlich in Norwegen zu diesem Zeitpunkt politisch unmöglich" (obwohl Norwegen bekanntlich kein neutrales, sondern ein NATO - Land ist - D.Red.). Man müsse, fügte er mit kaum verhohlenem Hohn hinzu, "natürlich Verständnis dafür zeigen, daß Österreich ein neutrales Land ist", doch "das Recht und die Pflicht zu demonstrieren (nämlich gegen den Aggressionskrieg in Indochina - D.Red.).... wird in westlichen und anderen neutralen Ländern als selbstverständlich hingenommen". Man sieht also, daß man im Ausland die scheinbare, heuchlerische Neutralitätspolitik der herrschenden Klasse Österreichs längst durchschaut hat!

Das österr. Volk will eine wirkliche Neutralität. D.h. es will in keinerlei imperialistische Abenteuer einbezogen werden, sei es in Auseinandersetzungen der Imperialisten und Sozialimperialisten untereinander, sei es in einen konterrevolutionären Überfall auf die Volksrepublik China und andere sozialistische oder nationalrevolutionäre Staaten, der unweigerlich ebenfalls in einen europäischen Krieg münden würde. Das österr. Volk muß daher seine Unabhängigkeit verteidigen!

Die Verräter schauen zu

Der Besuch Nixons, den dieser selbst bestellt hatte, war praktisch gegen die Unabhängigkeit Österreichs gerichtet und lag einzig und allein im Interesse der US-Imperialisten und ihrer sozialimperialistischen Partner. Und es zeugt von der wachsenden Reife der österr. Antiimperiali - sten, daß ihnen der Zusammenhang zwischen der Kriegseskalation Nixons in Indochina und seinen "Gipfelgesprächen in Moskau im Laufe der Geschehnisse in Salzburg immer klarer wurden. Ihre Demonstrationen richteten sich daher in zunehmenden Maße auch gegen die russischen Sozialimperialisten (die nicht nur praktisch die Völker Indochinas an den US-Imperialismus verraten - trotz oder vielmehr gerade dank ihrer "Waffenhilfe"! -, sondern gegenüber der Tschechoslowakei eine ebensolche Aggression verübt haben wie die US-Imperialisten gegen Vietnam!). Die russischen Sozialimperialisten haben ja Nixon gerade zu einem Zeitpunkt empfangen, als die US-Aggressoren ihren Krieg gegen das vietnamesische Volk verschärft und sogar durch die Verminung der Häfen Nordvietnams in erster Linie die Russen selbst herausgefordert hatten, die bei anderen Gelegenheiten (etwa der Massierung ihrer Präsenz im Mittelmeer oder bei ihrem Eindringen in denIndischen Ozean und den Golf von Bengalen) nicht genug betonen konnten, daß sie eine erstrangige See- Weltmacht seien und auf allen Ozeanen ihre Staatsinteressen zu vertreten hätten. Und siehe da: Obwohl das russische Sprachorgan in Österreich, die "Volksstimme", nach der Nixon - Rede vom 8.Mai geradezu mit Schaum vor dem Maul geschrien hatte, auf diese neue Eskalation "kann die Antwort nicht scharf genug sein", erklärte dasselbe Revisionistenblatt ein paar Tage später, nach der von aller Welt als erstaunlich maßvoll mild und zahm qualifizierten Antwort Moskaus, der Kreml lasse sich eben"nicht provozieren", sondern übe "Zurückhaltung im Interesse des Weltfriedens"! Man bedenke doch:Die amerikanischen Imperialisten können nahezu ihre gesamte Luft- und Seestreitmacht gegen das vietnamesische Volk aufbieten, ihre russischen Kontrahenten schauen aber seelenruhig zu, tun nichts dergleichen,obwohl sie sich zur selben Zeit ihre militärische Gleichwertigkeit mit dem US-Imperialismus von diesem bestätigen lassen (SALT-Abkommen)! Eingedenk all dieser Tatsachen,die ja dann später durch die unterzeichneten Schriftstücke und durch seine "aufsehenerregende" Fernsehrede hundertfach bekräftigt wurden und die eindeutig bestätigten, daß die russ. Sozialimperialisten in Bezug auf Vietnam und Indochina die amerikanischen Aggressoren gewähren lassen,mit ihnen faktisch unter einer Decke stecken ("Anerkennung der Realitäten", des "Status Quo",der Teilung der Welt und einzelner Länder in Einflußsphären der Supermächte usw.), ihnen freie Hand für ihre Schandtaten lassen und ein infames Spiel mit der Freiheit der Völker treiben,daß es ihnen einzig und allein um ihre Weltherrschaft im Bunde mit den US-Imperialisten geht, einzig und allein um ihre Kriegsvorbereitungen gegen Volks-China,das unerschütterliche Bollwerk der Weltrevolution, aber keinesfalls um eine wirkliche Unterstützung jener Völker, die für ihre Freiheit kämpfen.

Eben deshalb mußte sich notwendigerweise die gegen den US-Imperialismus und seinen Häuptling gerichtete Demonstration in Salzburg zugleich auch gegen den russ. Sozialimperialismus richten.

Angesichts all dessen wird sowohl der Widerstand der Völker Indochinas gegen den Imperialismus nicht geringer werden, sondern noch mehr wachsen und letzten Endes unweigerlich den Sieg davontragen,als auch die Unterstützung dieser heldenhaften kämpfenden Völker durch die Volksmassen der ganzen Welt umso notwendiger und dringender sein, schon im Interesse des Weltfriedens. Deshalb muß auch in Österreich die Solidaritätskampagne für die Völker von Vietnam, Laos und Kambotscha noch mehr verstärkt werden.

Wer terrorisiert hier wen?

Das fühlen und verstehen immer mehr die links eingestellten jungen Menschen sowie überhaupt alle fortschrittlichen Menschen Österreichs.Gleichzeitig sehen sie aber den neuerlichen Verrat der sozialdemokratischen und revisionistischen Führer. Erstere haben durch ihren Kanzler Kreisky die direkteVerantwortung für den antidemokratischen Terror in Salzburg übernommen und zugleich die unglaubliche Kühnheit gehabt, die Opfer dieses Polizeiterrors selbst als "Terroristen" (!!) zu beschimpfen. Und die Führer der diversen sozialdemokratischen Organisationen und Komitees,die sich, um linksgerichtete Menschen einzufangen und irrezuführen, ein antiimperialistisches Mäntelchen umgehängt hatten, dann aber die revolutionären Jugendlichen im Stich ließen und dem Polizeiknüppel überließen, ja zum Teil sogar behaupteten, ihre Namen wären "mißbraucht" worden, haben sich in den Augen der wirklichen Antiimperialisten und Antifaschisten weitgehend entlarvt. Die revisionistischen Führer wiederum, die für ihre "strenge Beobachtung" der noch gar nicht erlassenen,sondern von ihnen nur "weise" vorausgeahnten Polizeivorschriften von der staunenden bürgerlichen Presse einhellig als "besonders maßvoll" und "gesetztreu" gelobt wurden, taten noch ein übriges, um sich von den revolutionär gestimmten Demonstranten abzugrenzen und sie zugleich verleumden: Am 30.Mai veröffentlichte die "Volksstimme" einen Artikel,in welchem es heißt, die "Flugplatzaktion" einer "Gruppe" von "superrevolutionären Aktivisten" hätte gewiß die Grenze des Erlaubten überschritten". Damit wurde der Polizeiterror Kreiskys und Peterlungers gerechtfertigt! Mehr noch: Das Revisionistenblatt verübelt geradezu der Polizei, nicht rechtzeitig diese Aktion verhindert zu haben (ebenso taten dies bekanntlich die ÖVP-"Kritiker"!). Ja, der Gipfel der Infamie: Einerseits behaupteten diese käuflichen Lakaien der verräterischen Kreml-Clique, sie wären mit dem Volk von Vietnam solidarisch, andrerseits erklären sie in diesem selbstentlarvenden Artikel,die "maoistischen" Losungen der Demonstranten wie "Sieg dem Volkskrieg!" würden "den Inhalt und das Ziel des vietnamesischen Freiheitskampfes verzerren" (!!) und "sogar den Unterstellungen Nixons entsprechen"!! Das heißt doch nichts anderes, als daß die österreichischen Revisionisten das offen aussprechen, was ihre russischen Herren und Meister noch in der Mördergrube ihres Herzens verschweigen: daß sie eben gegen den Sieg des vietnamesischen Volkes und aller Völker Indochinas sind, daß sie also die Verwandlung Vietnams in ein Kolonie neuen Typs und zugleich in ein militärisches Aufmarschgebiet gegen die Volksrepublik China - also den Inhalt und das Ziel des amerikanisch-imperialistischen Aggressionskrieges - bejahen und unterstützen.

Die wirklichen Antifaschisten und Antiimperialisten Österreichs müssen die notwendigen Lehren von Salzburg ziehen und gegen antidemokratischen Terror und gegen die Gefährdung der Unabhängigkeit unseres Landes durch Lakaiendienste für die Supermächte zu einer von diversen Verrätern freien Einheitsfront ohne Unterschied sonstiger ideologischer Auffassung zusammenschließen.

für die volksmacht Das Zentralorgan der VRA erscheint monatlich. Einzelpreis S 3,-, Jahresabonnement S 30,-. Bestellungen an: 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66



Ein Leserbrief zum Thema Salzburg

Dieser Brief ist ein Bericht über die Ereignisse in Salzburg zu Pfingsten 1972, der auf persönlichen Erlebnissen zweier Teilnehmer beruht. Die meisten Genossen haben darüber sicher in den Tageszeitungen gelesen, deshalb soll dieser Bericht sich von denen der Zeitungen nicht nur dadurch unterscheiden, daß er keine Räubergeschichten unter Sensationsschlagzeilen aufbaut, sondern er soll auf Wesentliches der Demonstration, dessen Verheimlichung Hauptziel des Journalismus war, eingehen und muß somit notwendigerweise das Zusammenspiel von Polizei und Presse erwähnen.

Zu Pfingsten 1972 demonstrierten in Salzburg Tausende gegen die Anwesenheit des US-Völkermörders Nixon, gegen den Zweck seiner Moskaureise, mit Hilfe Moskau einen Ausweg aus der drohenden Niederlage des US-Imperialismus in Indochina und aus seinem jüngstem gefährlichen Abenteuer der Blockade und totalen Bombardierung der DRV herauszufinden und die kämpfenden Völker den Großmachtinteressen zu unterwerfen. Die Demonstranten verurteilten die Handlangerdienste des österreichischen Staatsapparates für den US-Imperialismus und bekündeten ihre Solidarität mit den Völker Vietnams, Kambodschas und Laos.

Die Antwort auf diese Aktionen waren das Verbot des Marsches zum Flughafen, der brutale Polizeiterror gegen die Demonstranten und die gleichzeitig veranstaltete Hetz- und Lügenkampagne in der Presse. Dabei erwiesen sich die Zeitungen praktisch als der verlängerte Arm der Polizei, ihre Wahrheit als die totale Rechtfertigung der Polizeimethoden. Durch die Vermittlung der Massenmedien sollten die Demonstranten von Salzburg stellvertretend für alle Sympathisanten, die für die Polizeiknüppel nicht erreichbar waren, geschlagen werden, gleichzeitig sollte verhindert werden, daß durch die wahrheitsgemäße Berichterstattung erkannt werden könnte, wessen "Freund und Helfer" die Polizei ist. Deshalb wurde skrupellos gelogen, allerdings fast jede Zeitung anders, und die wenigen veröffentlichten Photos von den Schlägerszenen standen in direktem Gegensatz zum Text, anscheinend lassen sich Bilder schlechter verdrehen als Worte.

Das politische Klima war schon vorbereitet worden durch den Aufruf derFPÖ zur Bildung faschistischer Schlägertrupps, "Bürgerwehren" genannt, deshalb wurde von seiten der Demonstranten ein Ordnerdienst aufgestellt, um eventuelle Provokationen vom Demonstrationszug fernzuhalten. Bald nach Beginn des Marsches zum Flughafen wurde er für verboten erklärt.

Dieses Demonstrationsverbot zeigt die Bedeutung sogenannter "Grundrechte", die von der Polizei nach Belieben aufgehoben werden können. Von einem Augenblick zum nächsten, von einem Meter zum anderen wird aus der "verfassungsmäßig garantierten freien Meinungsäußerung" eine kriminelle Handlung. Wären es einige wenige Demonstranten gewesen,so wäre garantiert kein Verbot erfolgt, man hätte vielmehr versucht, sie als eine unbedeutende Schar von Verrückten hinzustellen,ihre Parolen niederzubrüllen usw. Daß aber Nixon vor der ganzen Weltöffentlichkeit von Massen von Demonstranten gezeigt werden sollte,daß auch in Österreich die Verbrechen des US-Imperialismus verurteilt werden, paßte nicht in die Vorstellungen derer, die für den Kriegsverbrecher Blasmusik und Kinder mit Blumen als Repräsentanten Österreichs vorbereitet hatten. Als Folge des Verbots kam es zum offenen Verrat der im Indochinakomitee mitarbeitenden sozialdemokratischen Gruppen,vor allem des VSM, dessen Funktionäre versuchten,den Demonstrationszug in zwei Teile zu spalten. Erst durch die Ordner wurden die hinter dem VSM marschierenden Genossen darauf aufmerksam gemacht und der schon entstandene Zwischenraum durch von hinten nachrückende Genossen geschlossen. Worauf sich die Führung absetzte, die Mehrzahl der Mitglieder sich jedoch enger an den Zug anschloß. Nachdem eine durch Polizeifahrzeuge gebaute Engstelle passiert war, fuhren weitere Mannschaftswagen in die Demonstranten, schnitten einige Hunderte an der Spitze vom Zug ab und blockierten die Straße zum Flughafen vollkommen.

Die Demonstration ging deshalb über Felder weiter, bis sie auf die Rollbahnen kam. Nachdem die Demonstranten einer Polizeiaufforderung gefolgt waren, und sich "zu ihrer eigenen Sicherheit" am Rand der Roll-



bahn aufgestellt hatten, rannten mit Stahlhelmen und Gummiknüppel ausgerüstete Polizeiketten auf uns zu und schlugen etliche von uns zu Boden.Die Ketten der Demonstranten lösten sich bald auf, im Laufen erfuhr ich erst, daß meine Freundin auf den Kopf geschlagen worden war und nicht mehr so schnell laufen konnte, weshalb wir bald zu weit hinter den meisten übrigen waren und niedergeschlagen wurden, wobei diesen wie Triebverbrechern das Prügeln richtig Spaß machte, als wir am Boden lagen. Solche Szenen waren häufig,schließlich wurden wir weiter getrieben, gestoßen und geschlagen, so auch einige arg zugerichtete Genossen, die gestützt oder ganz getragen werden mußten. Das las sich dann so (der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Peterlunger im Kurier-Interview): "Daß wir, wie es jetzt heißt, auf die bereits liegenden Leute eingeschlagen hätten, ist völlig unrichtig. Wenn jemand die Gesetze verletzt, dann darf er sich nicht wundern, wenn wir ihn später zur Einhaltung dieser Gesetze zwingen müssen." Kaum anzunehmen, daß die Demonstranten sich über die Polizei gewundert haben, zumindest theoretisch ist Polizeiterror bekannt von Ereignissen in anderen Ländern, ebenso die Tatsache, "daß sich der bürgerliche Staat letzten Endes auf bewaffnete Banden reduziert" (zitiert nach einem Demonstrationssprecher von Pfingstsamstag Nacht).Daß es in der Praxis kaum zu einer Verteidigung seitens der Demonstranten kam, liegt auch daran, daß für viele das erste Erleben solcher entmenschlichter Horden überwältigend ist, weil man selbst normalerweise andere Formen zwischenmenschlicher Beziehungen praktiziert.

Die Polizei hat bewiesen, daß es der Aufforderung zur Aufstellung faschistischer Trupps nicht bedarf,weil es solche bereits gibt. Charakteristische Wendungen in der Berichterstattung wie "die Polizei bereitete dem Demonstrationsspuk ein schnelles Ende" bis zur Einschätzung der Ereignisse als "größte Bewährungsprobe der Exekutive seit dem kommunistischen Putschversuch" widersprechen der Ansicht, der Faschismus sei etwas "Historisches",und machen darauf aufmerksam, daß er nur ein anderes, offeneres Gesicht derselben Herrschaft, eine andere Form deren Ausübung ist und stets bereitgehalten und in solchen Fällen erprobt wird.

W. R.

Ein Leserbrief aus Gottes (Nixons) eigenem Land



In einem Brief vom 24. Mai 1972 schreibt uns ein amerikanischer Marxist-Leninist unter anderem:

Wir haben hier im Fernsehen Bilder vom Aufenthalt Nixons in Österreich (Salzburg) gesehen. Darunter solche, in denen man sich davon überzeugen konnte, wie brutal die österreichische Polizei jugendliche Demonstranten zusammengeschlagen hat. Mir scheint, daß überall in der Welt eine wachsende Zahl junger Menschen am negativen Beispiel des Vietnamkrieges den wahren Sinn der bürgerlichen Demokratie kennenlernt. Die positive Seite dieses Erlebnisses ist der Gegenschlag des vietnamesischen Volkes, das sich so erfolgreich dem Bomben- und Minenterror der US-Imperialisten widersetzt und daher unsere höchste Achtung und Anerkennung verdient. – Das kraftvolle Auftreten der österreichischen Demonstranten war für uns hier sehr ermutigend. R. J., USA

Nach dem Raubkrieg gegen Pakistan:

»Wahl«sieg für Indira Gandhi

So sieht's der Karikaturist: indischer Kriegselefant auf russischen Panzerketten

Auch das von einer reaktionären Ausbeuter-und Landräuberclique beherrschte Indien hat seine Schwindelwahlen mit ihrem notorischen Wahlschwindel. Da aber die feudalen und monopolkapitalistischen Herrenschichten Indiens lieb Kind bei den russischen Sozialimperialisten sind, von denen sie ökonomisch und militärisch immer mehr abhängen, schreiben sich die Lakaien des Kreml in Österreich die Finger wund, um das Regime der Indira Gandhi als "demokratisch" herauszustreichen.

Die in Delhi regierende "Kongreßpartei" hat unlängst wieder einmal einen angeblichen "Wahlsieg" in die Welt hinausposaunt, und die (buchstäblich!) von Moskau bezahlten Federfuchser am Höchstädtplatz absolvieren ihr "Soll", indem sie für den russischen Vasallenstaat in Asien eifrig die Reklametrommel rühren. Daß sie dabei ihren Lesern eine faustdicke Lüge nach der anderen servieren, kann bei der Undankbarkeit dieser miesen Aufgabe nicht wundernehmen; denn der behauptete "Wahlsieg" der Indira und ihrer revisionistischen Helfeshelfer erweist sich als aufgelegter Schmäh.

Wie " demokratisch " es bei diesen Schwindelwahlen in die "Parlamente" der indischen Bundesstaaten zugegangen ist, beweisen sogar die offiziellen indischen Pressemeldungen, wonach es während der "Wahlkampagne" Dutzende von Toten bei Zusammenstößen mit der Polizei gegeben hat. Bezeichnend ist dabei vor allem das Beispiel von Westbengalen, über das die "Volksstimme" (am 16. März) mit nicht zu überbietender Verlogenheit "berichtete". Sogar die ultrakonservative großbürgerliche "Neue Züricher Zeitung" mußte (am 15. 3.) zugeben, daß dort "Wahlfälschungen in einem selbst für indische Verhältnisse ungewöhnlichen Umfang stattgefunden" haben. Der Führer der sich "Marxisten" nennenden Fraktion der indischen Revisionisten, Jyoti Basu, teilte mit, daß von den 135 Sprengeln seines Wahlkreises 100 durch faschistische Gangster der Kongreßpartei besetzt waren, die Tausende Wähler an der Stimmabgabe gehindert, eine Anzahl von ihnen umgebracht, Tausende Stimmzettel gefälscht und Wahlurnen entwendet haben. "Unabhängige Beobachter in Kalkutta (der Hauptstadt Westbengalens, d. Red.) bestätigen diese Vorgänge weitgehend", schreibt der Delhi-Korrespondent des Schweizer Blattes.

Mehr noch: Die "Volksstimme" überkugelt sich vor Begeisterung darüber, daß die Agenten Moskaus dort, wo sie nicht zu Gunsten der Kongreßpartei der milliardenschweren Monopolkapitalisten Tata und Birla und der feudalen Radsach auf eine eigene Kandidatur verzichtet hatten, 26 Mandate "gewonnen" hätten, während die Konkurrenzfraktion der angeblichen "Marxisten", die im früheren "Parlament" des Teilstaates Westbengalen die Mehrheit hatte, von 113 Sitzen 108 verloren hätte. Dazu schreibt der Delhi-Korrespondent der "Süddeutschen Zeitung" (23. März), daß gemäß dem famosen Wahlsystem Indiens die Veränderungen in der Mandatszahl "auch nicht annähernd" den Veränderungen im Stimmenanteil entsprechen. So haben die sogenannten "Marxisten" in Westbengalen "mit 27 Prozent der Stimmen nur 5 Prozent der Mandate erhalten, die mit der Kongreßpartei verbündeten Moskau- Kommunisten dagegen mit nur 7,7 Prozent der Stimmen 12,5 Prozent der Sitze".

Aber das Wiener Revisionistenblättchen leistet sich noch mehr an dummdreister Verlogenheit. Es schreibt, daß die Basu-Fraktion ihren "schweren Rückschlag... vor allem der Haltung der chinesischen Führung zugunsten des Militärregimes in Pakistan verdankt". Dabei gibt die "Volksstimme" sowohl in der großaufgemachten "Siegesmeldung" als auch in einem danebenstehenden redaktionellen Kommentar ausdrücklich zu, daß diese Revisionistenfraktion "schon vor einigen Jahren von der chinesischen Politik abgerückt ist" und den Aggresionskrieg der Indira Gandhi gegen Pakistan unterstützt hat! Für wie blöd hält eigentlich dieses Sudelblatt seine Leser? In Wirklichkeit haben die Basu und Namboodiribad (szt. Ministerpräsident des Gliedstaates Kerala) 1963/64 der Empörung der Indischen Kommunisten über die verräterischen Chruschtschowisten zum Schein Rechnung getragen und deren Agenten Dange, der als notorischer Lockspitzel der englischen Imperialisten und denn der Nehru-Reaktionäre entlarvt worden war, aus der Partei ausgeschlossen. Unter der neuangenommenen Bezeichnung "Kommunistische Partei - Marxisten" gaben sie sich einen antirevisionistischen und internationalistischen Anstrich und vermochte so eine Zeitlang breite Wählermassen irrezuführen. Bald darauf legten sie aber diese heuchlerische Maske ab, begannen mit den anderen reaktionären Parteien in Chauvinismus und Chinafeindlichkeit zu wetteifern und — was die Hauptsache ist! — unterdrücken dort, wo sie lokale Machtpositionen erschlichen hatten (wie eben z. B. in Westbengalen) mit Kugeln und Kerker die Streikaktionen der Arbeiter und die Erhebungen der landlosen Bauern. Es ist daher nur logisch, daß falsche "Marxisten" sehr rasch ihre einstige kurzfristige Popularität einbüßen.

Wenn diese indischen Schwindelwahlen überhaupt etwas über die Massenstimmung auszusagen vermögen, so ist es die von der internationalen Presse als besonders bemerkenswert festgestellte Tatsache, daß nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten zu den Urnen gegangen sind!

Doch über diesen massiven Wahlboykott der ausgebeuteten und brutal unterdrückten Volksmassen Indiens schweigt sich die "Volksstimme" aus. Auch durch dieses Verschweigen beweist sie ihre bodenlose Verlogenheit. ●

Kampf dem Bundesheer?

Zur Schülerdemonstration in Wien vom 27. April

Die am 27. April stattgefundene Demonstration gegen den "Maturantenerlaß" des Ministers Lütgendorf war organisiert worden von der sogenannten "Mittelschülerorganisation Wiens", die angeblich alle Wiener Mittelschüler vertritt. Die Idee einer "Mittelschülerorganisation" (MIOG) stammt vom Salzburger Landeshauptmann Lechner (ÖVP). Dieser wollte als Gegengewicht zum Salzburger "Verband sozialistischer Mittelschüler" eine "brave Schülerorganisation" ins Leben rufen. Am 13. Dezember v.J. wurde denn auch die "MIOG-Salzburg" begründet, mit dem Anspruch, alle 15.000 Schüler der Salzburger AHS und BHS zu vertreten. Auf der Gründungsversammlung befragt, ob denn die 15.000 Schüler von ihrem "Glück" wüßten, von der MIOG vertreten zu werden, blieben die von Lechner ausgesuchten "Landesschulsprecher" die Antwort schuldig.

Die Idee einer "MIOG" stachelte auch den Ehrgeiz einiger Wiener Schulsprecher an, welche die Wiener Schüler in eine "MIOG-Wien" stekken wollten, was aber mißlang. Hierauf mischte sich aber eine neue Interessengruppe ein, die ÖVP-nahe " Österreichische Studentenunion " (ÖSU), die Mehrheitsfraktion der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH). Im Namen der ÖH redete die ÖSU der MIOG einen Streik gegen den Maturantenerlaß ein. Sie bestand darauf, daß sich der Streik nur gegen den Erlaß, jedoch nicht gegen das Bundesheer selbst richten dürfe. Die MIOG faßte den Streikbeschluß, forderte die Aufhebung des Erlasses und ratenweisen Präsenzdienst für Maturanten.

Dieser Forderung wurde dann auch Genüge getan - dank der Unterstützung durch die Schulbehörden und die Manipulanten der "öffentlichen Meinung" sowie vor allem dank der von vornherein wohlwollenden Haltung der Regierung selbst. Denn die herrschende Klasse hat gar nichts dagegen, die antimilitari-

Es sollte eigentlich eine harmlose Kundgebung werden, ein vorprogrammiertes Maturanten-Happening mit einem genauso vorprogrammierten „Entgegenkommen" des zuständigen Ministers. Denn die Veranstalter waren alibi-oppositionelle VP- und pseudo-fortschrittliche SP-Hochschüler. Kurz gesagt:

Die Lütgendorfs von morgen

Freudscher Versprecher oder Kopflosigkeit?

„Ich möchte vor allem die Meinungsmanipulatoren - oh, Pardon, ich meine natürlich die Meinungsmultiplikatoren – auffordern, die weitverbreiteten und vielfach falschen Klischeevorstellungen über die Funktion des Bundesheeres, aber auch über die Verantwortlichen in dieser Armee einer ernsten Überprüfung zu unterziehen."

Aus einer Rede des Generals Lütgendorf

„Protestmarsch wurde umfunktioniert", klagte am 28. April die Boulevardpresse, nachdem tags zuvor 8000 Jugendliche nicht nur gegen den sogenannten Maturanten-Erlaß, sondern vor allem gegen das Bundesheer demonstriert hatten. „Umfunktionieren", das ist ein gängiges Modewort, das meist falsch angewendet wird; in diesem Falle aber traf es wirklich zu. Denn begonnen hatte das Ganze mit Lütgendorfs Erlaß, und der Minister konnte nicht ahnen, was er da heraufbeschwor. Die paar Hundert Maturanten, die durch Erlaß und Militärdienst nun zwei Semester sinnlos verplempern sollen, erhielten in einer Art Schneeballsystem Zuzug von allen Seiten.

„Kurz nach Beginn der Demonstration wurden starke linksradikale Gruppen aktiv", stellte der „Kurier" beunruhigt fest. Und was seine Unruhe steigerte, das waren die Transparente und Lautsprecher, in denen nicht mehr gegen den umstrittenen Erlaß, sondern gegen die Militaristen und ihre Hintermänner demonstriert wurde. „Weg mit ‚Lü'", hieß es da, „Bundesheer = Herrschaft des Kapitalismus", „Kampf dem Kapitalismus", „Weg mit dem Bundesheer", und so weiter. Parolen also, die dem gutbürgerlichen Beobachter die Gänsehaut über den Rücken jagten.

So weit, so gut. Aber das dicke Ende kam wie immer am Schluß. Die Veranstalter der ursprünglich zahmen Demonstration, hauptsächlich ÖVP- und SPÖ-nahe Studenten, begaben sich nämlich als selbsternannte „Deputierte der Demonstranten" in das Ministerzimmer des Parlaments.

Dort warteten schon Kreisky und sein Team: Lütgendorf, Firnberg, Sinowatz. Ein Monsteraufgebot an Ministern, obwohl doch Kreisky allein schon genügt, um jedes Problem zu zerreden. Was er prompt auch tat. Bruno, der Berufsdemagoge, schaffte es im Handumdrehen, das Ganze nun seinerseits umzufunktionieren und die Studentenvertreter gegeneinanderzuhetzen. Die VP-Hochschüler, noch kaum darauf angesprochen, distanzierten sich voll Grausen von den Klassenkampf-Transparenten, während die SP-Studenten, uneins wie immer, sich teils nur gegen die Person des Lütgendorf, teils gegen das Bundesheer an sich aussprachen. So kam es, daß während der folgenden 90 Minuten die Studenten keinen gemeinsamen Feind fanden, sondern sich gegenseitig beflegelten – zum Gaudium der versammelten Minister. Worauf ihnen der Bundes-Bruno lässig den Gnadenstoß versetzen konnte. „Ich kann Ihnen im Moment überhaupt nichts zugestehen", sagte er, süffisant lächelnd. Und setzte die „Deputierten" vor die Tür. Kreisky und sein Team hatten's wieder mal geschafft.

Wichtiger als diese kleine Pikanterie am Rande scheint uns jedoch ein anderer Vorfall. 1500 der rund 8000 Demonstranten warteten nicht geduldig auf das ohnedies vorauszusehende Ergebnis der Unterredung, sondern marschierten zum Parlament. Sie hatten gewiß nicht vor, dieses zu stürmen und den Nationalrat auseinanderzujagen – was auch gar nicht so einfach gewesen wäre, weil Ketten aus Polizistenleibern die „Volksvertreter" vor dem Volke schützten –, aber im Plenarsaal entstand Alarmstimmung. Ein brauner Peter, dem möglicherweise vor Angst die Zähne schepperten, verlangte die Unterbrechung der Nationalratssitzung, weil die Demonstranten die 300 Meter breite „Bannmeile" des Parlaments mißachteten. Tatsächlich wurde die Sitzung unterbrochen, die Würdenträger unseres Staates steckten ihre gelehrten Köpfe zusammen, berieten des langen und breiten, was zu tun sei und kamen zu dem Schluß, es sei am besten, nichts zu tun, um nicht die „Stimmung anzuheizen". (Der Demonstrationszug löste sich später übrigens von selber auf.)

Wenn es also bereits anderthalbtausend Demonstranten gelingt, den Nationalrat ganz aus dem (Hohen) Häuschen zu bringen, was brächten dann erst Zigtausende gegen Lohnsteuer und Teuerung demonstrierende, vor dem Parlament aufmarschierende Arbeiter zuwege? Doch das ist leider eine rhetorische Frage, denn der Gewerkschaftspräsident sitzt ja selbst im Parlament. Als Erster Präsident des Nationalrates.



Der Maturanten-Erlaß wurde inzwischen gemildert. Die Maturanten können ihren Präsenzdienst nun auf Raten während der Semesterferien abdienen, so daß sie nicht soviel Studienzeit verlieren. Daß dieser Teilerfolg nicht den uneinigen „Deputierten" zu danken ist, das wissen wir bereits. Es waren also die 8000 jugendlichen Demonstranten, die Kreisky und seinen sonst so sturen Neinsager Lütgendorf zum Einlenken bewogen haben – wobei Kreisky & Co. das Nachgeben um so leichter gefallen sein wird, als ja unter den betroffenen Maturanten auch die künftigen Offiziere unseres Bürgerkriegsheeres sein werden: die Lütgendorfs von morgen. ●

stische Bewegung der österreichischen Jugend aufzuspalten und einem kleinen Teil der ins wehrpflichtige Alter Eingetretenen - der als Offizierskader in Betracht kommt - eine bevorzugte Behandlung zu gewähren. Andererseits ist es Kreisky und seinem Team nur willkommen, wenn sie "beweisen" können, daß sie " wohlgesittete " Demonstrationen nicht nur dulden, sondern auch erfolgversprechend erscheinen lassen können.

Doch die Absicht der Veranstalter, den Kampf gegen das volksfeindliche Bundesheer als Ganzes bei der Demonstration "auszuklammern", ist kläglich gescheitert - sehr zum Mißvergnügen der Kapitalisten, ihrer Regierung und ihrer Massenmedien. Denn der Widerspruch zwischen den auf dem Boden des herrschenden Ausbeutersystems stehenden Drahtziehern und den gegen das Establishment aufbegehrenden jungen Menschen läßt sich nicht verkleistern! Dieser Punkt bedarf allerdings einer eingehenden Erörterung.

Der Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM), der sich selbst " marxistisch " nennt, rief "alle fortschrittlichen Schüler " auf, " nicht den demagogischen Methoden der ÖSU und MIOG,deren Vertretungsanspruch ohnedies absurd ist, aufzusitzen, sondern mit dem Ziel "ABSCHAFFUNG DES BUNDESHEERES"sich dem Block des VSM anzuschließen (Flugblatt des VSM "Kampf dem Bundesheer").

Während der Demonstration schloß sich ein großer Teil der 5.000 Teilnehmer (manche bürgerliche Schätzungen sprachen sogar von 6-8.000) den Losungen des VSM an. Das hatte erstens seine Ursache in der Organisiertheit des VSM-Blocks, der durch seine Dynamik auch andere Demonstranten mitreißen konnte, zweitens aber in der politischen Unklarheit der Hauptlosung "Kampf dem Bundesheer", bei der sich jeder denken konnte, was er wollte.

Der Demonstrationszug marschierte durch die Innere Stadt, wo es ständig Reibereien mit Neofaschisten gab. Zum Beispiel mit einigen Mitgliedern der sogenannten "Arbeitsvereinigung für Mittelschüler " (AVM), die das Bundesheer hochleben ließen. Auf der Kärntnerstraße und hinter der Oper wurden die Nazis schließlich ans Ende des Demonstrationszuges abgedrängt.

Auf dem Ballhausplatz teilte sich der Zug. Die ÖSU führte einen Teil der Demonstranten zum Parlament, um eine Delegation hineinzuschicken, während sich der VSM-Block neu formierte und nun geschlossen unter der klaren Losung "Kampf dem Militarismus - Sturz des Kapitalismus" zur Universität zurückmarschierte.

Die Abschlußkundgebung des linken Blocks fand auf der Rampe der Universität statt. Der Sprecher des VSM wies auf die Anti-Bundesheer-Kampagne seiner Organisation hin und forderte zur Beteiligung daran auf. Auch stellte er fest, daß der Militarismus endgültig erst mit dem Sturz des Kapitalismus beseitigt werden kann. So sehr der VSM aber auch von sozialistischer Revolution und Sturz des Kapitalismus sprach, wurde vergessen, daß auch das Proletariat, um seine Befreiung zu erringen und zu sichern,ein Heer braucht, das ein Heer neuen Typs, ein Volksheer, sein wird. Dadurch ersparte sich der VSM die Arbeit, Demonstrationsteilnehmer mit pazifistischen Anschauungen zu überzeugen, daß diese Anschauungen irrig sind.

Die Demonstration war ein Erfolg, insofern sie einen Großteil von Schülern zum ersten Mal mit antimilitaristischer Propaganda konfrontierte und einen Massenprotest gegen das Bundesheer zustandebrachte. Aber dabei kann die Bewegung gegen das österreichische Bundesheer nicht stehen bleiben. Das Heer muß als bürgerliche Armee, als ein Militär zur Niederhaltung der Arbeiterklasse im Innern und als ein Instrument der Aggression nach außen erkannt werden. Die Bewegung der Schüler gegen das Bundesheer darf sich nicht gegen ein ausgedachtes "Heer an sich" wenden; sie muß sich mit jener Kraft verbinden, gegen die das Heer gerichtet ist, nämlich mit der Arbeiterbewegung und besonders mit der Arbeiterjugend. Dies ist aber nur möglich auf der Basis des Marxismus-Leninismus, wofür die VRA kämpft. •